

Ergebnisniederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/X-014/2018)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

**am 20.08.2018, 15:02 Uhr bis 17:23 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt**

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Erarbeitete Haltung für den "Masterplan Integration in Arbeit" im Rahmen des Projektes "Angekommen in Deutschland" in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung Vorlage: 1557-2018/DaDi
3.2.	Leit- und Jahresziele für den "Masterplan Integration in Arbeit" im Rahmen des Projektes "Angekommen in Deutschland" in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung Vorlage: 1562-2018/DaDi
3.3.	Einführung eines Empfängnis-Verhütungsmittelfonds im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 1671-2018/DaDi
3.4.	Bezahlbarer Wohnraum - Antrag Die Linke Vorlage: 1420-2018/DaDi
3.5.	Kostenlose Kontoführung für Bürger der Erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach dem SGB II – Sozialgeldempfänger – Wohngeldempfänger – Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und AsylBlg - Antrag Die Linke Vorlage: 1531-2018/DaDi

3.5.1.	Kostenlose Kontoführung für Bürger der Erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach dem SGB II – Sozialgeldempfänger – Wohngeldempfänger – Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und AsylBlg - Änderungsantrag Die Linke Vorlage: 1579-2018/DaDi
3.6.	Pilotprojekt gemeinsame Jugendsozialarbeit an Schulen – Antrag CDU Vorlage: 1707-2018/DaDi
3.7.	Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke Vorlage: 1712-2018/DaDi
3.8.	Altersfeststellung der im Landkreis lebenden unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) – Antrag AfD Vorlage: 1713-2018/DaDi
3.9.	Resolution "Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg" – Antrag Die Linke Vorlage: 1702-2018/DaDi
3.10.	Förderung Hospizvereine – Gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen Vorlage: 1753-2018/DaDi
4.	Kenntnisnahmen
4.1.	Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2017 Vorlage: 1506-2018/DaDi
4.2.	Verteilung der Unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte Vorlage: 1521-2018/DaDi
4.3.	Weiterführung der Stelle Ehrenamtskoordination Vorlage: 1629-2018/DaDi
4.4.	Prognose aufzunehmender Flüchtlinge im 3. Quartal 2018 Vorlage: 1673-2018/DaDi
4.5.	Förderung Hospizvereine Vorlage: 1684-2018/DaDi
4.6.	Tagessätze im Kreisjugendheim Ernsthofen 2019 Vorlage: 1604-2018/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Gül Karatas	
Herr Bürgermeister Joachim Knoke	
Frau Anke Paul	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	Vertreter für Abg. Dr. Thomas, Werner
Herr Heiko Handschuh	Vertreter für Abg. Keil, Marita bis TOP 4.6 (17:22 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	Vertreter für Abg. Zachertz, Brigitte bis TOP 2 (15:30 Uhr)
Frau Anna Elena Resch	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der AfD	
Herr Eduard Neudert	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	ab TOP 3.1 (15:19 Uhr)
Fraktion von FALD	
Herr Fraktionsvorsitzender Jürgen Sobich	bis TOP 3.7 u. 3.9 (16:59 Uhr)
Fraktion von Die Linke	
Herr Werner Bischoff	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	
Herr Alexander Ludwig	ab TOP 3.1 (15:20 Uhr) bis TOP 3.6 (16:53 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Reuscher	bis TOP 3.7 u. 3.9 (16:57 Uhr)
Frau Bärbel van Dijk	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	bis TOP 3.7 u. 3.9 (17:08 Uhr)
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 3.2 (16:20 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	bis TOP 3.8 (17:18 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 3.7 u. 3.9 (17:09 Uhr)

Anwesende	
beratende Mitglieder	
Frau Rosemarie Schupp	Seniorenbeauftragte bis TOP 3.8 (17:15 Uhr)
Verwaltung	
Frau Monika Abendschein	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Sabine Hahn	
Frau Brigitte Hartwig	
Herr Götz Hauptmann	
Herr Steffen Petry	
Frau Annika Schmid	
Frau Cornelia Schuster	
Herr Christian Schwab	

Abwesende	
Fraktion der CDU	
Frau Marita Keil	
Herr Dr. Werner Thomas	
Frau Brigitte Zachertz	

Vorsitzende Paul stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Paul** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.7 und 3.9 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt.
Abg. Handschuh (CDU) schlägt vor, die Kenntnisnahme unter Tagesordnungspunkt 4.5 (Vorlage-Nr. 1684-2018/DaDi) als Beschlussempfehlung an den Kreistag umzuformulieren.
Vorsitzende Paul schlägt vor, diese als Tagesordnungspunkt 3.10 auf die Tagesordnung zu nehmen. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt.
Vorsitzende Paul schlägt vor, Tagesordnungspunkt 4.1 zurückzustellen, da noch Beratungsbedarf besteht und stellt hierzu das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.
 Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Die Informationen des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Abendschein verweist auf die als Tischvorlage verteilten Broschüren „Der Minijob“ in leichter Sprache sowie „Der Minijob – Rechte, Risiken und Nebenwirkungen“ und gibt weitere Erläuterungen.

Weiter berichtet **Frau Abendschein** über die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Diese wurde von Deutschland inzwischen ratifiziert und ist am 01.02.2018 in Kraft getreten. Wie eine Umsetzung vor Ort gelingen kann, ist zentrales Thema der Fachveranstaltung am 23.11.2018 im Rahmen des 20-jährigen Jubiläums des Netzwerks Gewaltschutz.

Frau Abendschein berichtet über die Veranstaltung des Frauenforums Darmstadt-Dieburg „Auf den Punkt gebracht – Expertinnen fragen – Politikerinnen und Politiker antworten“ am 15.08.2018 in Seeheim. Die Fragestellungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales keine Sitzung des Fachbeirates Flucht und Integration stattgefunden hat.

Kreisbeigeordnete Lück berichtet vom „Gallery-Walk“ des Arbeitskreises Asyl des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Hier konnte ein Austausch mit vielen ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Arbeitskreise stattfinden.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 1557-2018/DaDi

Aktenzeichen: 413-017

Betreff: **Erarbeitete Haltung für den "Masterplan Integration in Arbeit" im Rahmen des Projektes "Angekommen in Deutschland" in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die im Rahmen des Projektes „Angekommen in Deutschland“ erarbeitete gemeinsame Haltung für den „Masterplan Integration in Arbeit“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 1562-2018/DaDi

Aktenzeichen: 413-017

Betreff: **Leit- und Jahresziele für den "Masterplan Integration in Arbeit" im Rahmen des Projektes "Angekommen in Deutschland" in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Umsetzung der Jahresziele 2019, die im Rahmen des Projektes „Angekommen in Deutschland“ in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung erarbeitet wurden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 1671-2018/DaDi

Aktenzeichen: 416-008

Betreff: **Einführung eines Empfängnis-Verhütungsmittelfonds im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Nach ausführlicher Diskussion beantragt **Abg. Zwickler** (FW-PP) den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Landkreis Darmstadt-Dieburg richtet einen Verhütungsmittelfonds in Höhe von ~~20.000,-€~~ 30.000,-€ jährlich ein.“

Weiter beantragt **Abg. Zwickler** (FW-PP) Ziffer 2 der Richtlinien zur Vergabe von Hilfen aus dem Verhütungsmittelfonds für Menschen mit geringem Einkommen wie folgt zu ändern:

„2. Gegenstand der Förderung

Zu den Ausgaben der Beratungsstellen gewährt der Landkreis Darmstadt-Dieburg für Hilfsmittel zur Familienplanung z.B. Spirale, Kupferkette, Hormonring, Dreimonatsspritze, Hormonstäbchen, Antibabypille, notfalls „die Pille danach“ sowie für die Sterilisation (auch Männer) eine Zuwendung in Form eines Zuschusses von ~~50%~~ 75%, in Härtefällen bis zu 100% der anerkennungsfähigen Kosten.“

Vorsitzende Paul lässt über die beantragte Änderungen des Beschlussvorschlages und der Richtlinien abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass diese mehrheitlich abgelehnt werden.

Abg. Handschuh (CDU) beantragt, Ziffer 2 der Richtlinien zur Vergabe von Hilfen aus dem Verhütungsmittelfonds für Menschen mit geringem Einkommen wie folgt zu ändern:

„2. Gegenstand der Förderung

~~Zu den Ausgaben der Beratungsstellen gewährt der Landkreis Darmstadt-Dieburg für Hilfsmittel zur Familienplanung z.B. Spirale, Kupferkette, Hormonring, Dreimonatsspritze, Hormonstäbchen, Antibabypille, „die Pille danach“ sowie für die Sterilisation (auch Männer)~~ Gegenstand der Förderung ist das jeweils günstigste Verhütungsmittel durch eine Zuwendung in Form eines Zuschusses von 50%, in Härtefällen bis zu 100% der anerkennungsfähigen Kosten.“

Vorsitzende Paul lässt über die beantragte Änderung der Richtlinien abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass diese mehrheitlich abgelehnt werden.

Vorsitzende Paul lässt sodann über die ursprüngliche Verwaltungsvorlage (Vorlage-Nr. 1671-2018/DaDi) abstimmen. Sie stellt nach der Abstimmung fest, dass dieser mehrheitlich zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg richtet einen Verhütungsmittelfonds in Höhe von 20.000,-€

jährlich ein.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.09.07.00 – Förderung der Chancengleichheit
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	20.000,00 EUR	20.000,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis: Änderungsantrag Abg. Zwickler (FW-PP)

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abstimmungsergebnis: Änderungsantrag Abg. Handschuh (CDU)

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abstimmungsergebnis: Vorlage-Nr. 1671-2018/DaDi

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 1420-2018/DaDi

Aktenzeichen: 416-005

Betreff: **Bezahlbarer Wohnraum - Antrag Die Linke**

Beschluss: **erledigt**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterung.

Abg. Handschuh (CDU) schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Vorsitzende Paul lässt über den Vorschlag von **Abg. Handschuh** (CDU) abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Sie stellt nach der Abstimmung fest, dass die Vorlage mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und der AfD, bei einer Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und bei Ablehnung von Die Linke und der Freie Wähler-Piraten für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf mit allen „Akteuren“ des sozialen Wohnungsbaus – Bürgermeister – Vertretern des sozialen Wohnungsbaues – mit Sozialverbänden – mit Vertretern aller Kreistagsfraktionen – mit Wohnungsbaugesellschaften und möglichen Investoren bis zum 30.06.2018 zu einer gemeinsamen Sitzung gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen im Landkreis Darmstadt Dieburg einzuladen.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 1531-2018/DaDi

Aktenzeichen: 416-007

Betreff: **Kostenlose Kontoführung für Bürger der Erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach dem SGB II – Sozialgeldempfänger – Wohngeldempfänger – Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und AsylBlg - Antrag Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Lück schlägt vor, für die Tagesordnungspunkte 3.5 und 3.5.1 keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und die Anträge in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten. Die Sparkassenvorstände können dann im Rahmen der Vorstellung der Jahresberichte zu dieser Thematik berichten. **Vorsitzende Paul** stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund der vom Bund zu niedrigen Regelsätze für o.g. Personenkreis und steigenden Lebenshaltungskosten wird der Kreisausschuss dazu aufgefordert bei den Vertreter im Zweckverband Sparkasse Dieburg und im Zweckverband Darmstadt zu erwirken, o.g. Personenkreis die Kontoführungsgebühren als Basiskonto, als Pfändungsschutzkonto (sog. P Konto) sowie als Konto S Privat Premiumkonto für die Sparkasse Darmstadt Dieburg und die Sparkasse Darmstadt zu erlassen.

Beschluss zu TOP 3.5.1.

Vorlage-Nr.: 1579-2018/DaDi

Aktenzeichen: 416-007

Betreff: **Kostenlose Kontoführung für Bürger der Erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach dem SGB II – Sozialgeldempfänger – Wohngeldempfänger – Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und AsylBlg - Änderungsantrag Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag regt an dass die bei den lokalen Sparkassen tätigen Vertreter des Landkreises um die Prüfung bitten, in welcher Art und Weise o.g. Bezieher von Sozialleistungen von Kontoführungsgebühren eine Giro – und/oder eines Pfändungsschutzkontos befreit werden können.
2. Die Prüfung beinhaltet die Informationsermittlung, welche finanziellen und organisatorischen Aufwendungen für die Sparkassen bei einer Umsetzung anfallen würden.
3. Eine mögliche Umsetzung nach Prüfung soll kurzfristig erfolgen.

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 1707-2018/DaDi

Aktenzeichen: 424-002

Betreff: **Pilotprojekt gemeinsame Jugendsozialarbeit an Schulen – Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Lück gibt ausführliche Erläuterungen zum bereits durchgeführten Abstimmungsprozess des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Jugendamt) mit der Stadt Darmstadt und dem staatlichen Schulamt.

Abg. Handschuh (CDU) schlägt vor, aufgrund von weiterem Beratungsbedarf keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Vorsitzende Paul stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss des Landkreis Darmstadt-Dieburg wird beauftragt, gemeinsam mit seinen Städten und Gemeinden und dem Land Hessen ein Pilotprojekt für Jugendsozialarbeit an Schulen in gemeinsamer Trägerschaft zu initiieren.

Ziel ist eine Vereinheitlichung und Stärkung der Angebote im pädagogischen und organisatorischen Bereich an allen Schulen des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 1712-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-018

Betreff: **Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Antrag Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Abg. Bischoff (Linke) kündigt einen Änderungsantrag der Fraktion von Die Linke für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses an und schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen. **Vorsitzende Paul** stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge nach dem Beitritt zur Hessenkasse und der Umsetzung der Schuldenbremse u.a. Grundsätze in der öffentlichen gesundheitlichen Versorgung und Pflege im Landkreis Darmstadt Dieburg beschließen:

1. Der Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge – die Kreiskliniken Darmstadt Dieburg und die Gersprenz Pflegeheime des Senioverbandes werden nicht den Profitinteressen der privaten Anbieter in der Gesundheitsversorgung ausgeliefert. Sie verbleiben unabdingbar in der Verantwortung der öffentlichen Hand des Landkreises Darmstadt Dieburg. Der Landkreis Darmstadt Dieburg erteilt heute und auch in Zukunft jeder Privatisierung bzw. Teilprivatisierung der Gesundheitsvorsorge in Zeiten, wo durch Hessenkasse und Schuldenbremse droht, öffentlich Defizite der Gesundheit - und Pflege nicht mehr übernommen zu werden, eine klare Absage. Gesundheit und Pflege dürfen zu keiner Ware werden.
2. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich dafür ein, dass in den öffentlichen Kreiskliniken und den Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes Tariflohn (TVÖD mit ZVK) bezahlt wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind möglichst durch voll zeitliche Beschäftigung zu ersetzen. Ausnahme beim Mindestlohn werden abgelehnt. Geprüft wird die Reinigung der Eigenbetriebskliniken und der Pflegeeinrichtungen im Landkreis Darmstadt Dieburg wieder in Eigenregie durchzuführen. Dies gilt besonders für die Beschäftigten der Dienstleistungs- GmbH der Kreiskliniken.
3. Der Kreistag unterstützt den hessischen Appell für mehr Krankenhauspersonal der Gewerkschaft Verdi. Der Kreistag unterstützt die Aussagen, dass es an Personal in den hessischen Krankenhäuser fehle. Darunter litten Patient innen und Angehörige. Die Beschäftigten hätten längst die Belastungsgrenze überschritten. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich für Entlastungen in den hess. Krankenhäuser – und bezogen auf den Landkreis Darmstadt Dieburg – für seine öffentlichen Krankenhäuser Groß Umstadt und Seeheim Jugendheim ein.

Beschluss zu TOP 3.8.

Vorlage-Nr.: 1713-2018/DaDi

Aktenzeichen: 413-015

Betreff: **Altersfeststellung der im Landkreis lebenden unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) – Antrag AfD**

Beschluss: **abgelehnt**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Aus der anschließenden Diskussion haben sich folgende Fragen ergeben, die nach Möglichkeit bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beantwortet werden sollen:

- Ist es rechtens, dass der Kreistag das Jugendamt anweist, diese Untersuchungen vorzunehmen? Oder ist es vielmehr Sache der Ausländerbehörde, dem Jugendamt diesbezüglich Vorgaben zu machen?
- Gibt es andere Landkreise oder Städte in Hessen, die das vorgeschlagene Verfahren durchführen?
- Gibt es eine rechtliche Grundlage für derartige Untersuchungen?

Vorsitzende Paul lässt sodann über den Antrag abstimmen. Sie stellt nach der Abstimmung fest, dass dieser mehrheitlich abgelehnt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen, das Jugendamt anzuweisen, in allen Zweifelsfällen die Altersfeststellung von umA mittels ärztlicher Untersuchung durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.9.

Vorlage-Nr.: 1702-2018/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Resolution "Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg" – Antrag Die Linke**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die Landesregierung zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform auf. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die sozialen Infrastrukturen zu verbessern. Um die Gesundheitsvorsorge und die Altenpflege in öffentlicher Hand weiter aufrecht zu erhalten, um durch tarifliche und am Bedarf orientierte überprüfbare Personalbemessungen zu realisieren, muss die Landesregierung Kommunen und Landkreise mit öffentlich geführten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen finanziell besser ausstatten.

Beschluss zu TOP 3.10.

Vorlage-Nr.: 1753-2018/DaDi

Aktenzeichen: 419-009

Betreff: **Förderung Hospizvereine – Gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Abg. Handschuh (CDU) schlägt vor, die Kenntnisnahme unter Tagesordnungspunkt 4.5 (Vorlage-Nr. 1684-2018/DaDi) als Beschlussempfehlung an den Kreistag umzuformulieren.

Abg. Grunwald (Grüne) schlägt vor, den Beschlussvorschlag als gemeinsamen Antrag aller Kreistagsfraktionen einzubringen.

Vorsitzende Paul stellt zu der beschriebenen Vorgehensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. **Vorsitzende Paul** stellt nach der Abstimmung fest, dass dem gemeinsamen Antrag einstimmig zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die folgenden Förderbeträge:

- Ökumenischer Hospizverein Vorderer Odenwald e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 132.520 (100%) = 5.000,00 Euro
- Hospizverein Pfungstadt e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 65.057 (42,3%) = 2.115,00 Euro
- Evangelischer Hospiz- und Palliativverein Darmstadt e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 106.167 (80,1%) = 4.005,00 Euro,
halbiert: 2.003,00 Euro
- Malteser Hilfsdienst e.V. / Ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 106.167 (80,1%) = 4.005,00 Euro,
halbiert: 2.003,00 Euro
- Malteser Hilfsdienst e.V. / Kinderhospiz- und Familienbegleitdienst Südhessen
Einzugsgebiet Südhessen: 1.000,00 Euro pauschal

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 1506-2018/DaDi

Aktenzeichen: 440-002

Betreff: **Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2017**

Beschluss: **zurückgestellt**

Beschluss:

Dem Kreistag werden der Bericht gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGlG) für das Jahr 2017 und die entsprechende Stellungnahme der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vorgelegt.

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 1521-2018/DaDi

Aktenzeichen: 413-016

Betreff: **Verteilung der Unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt die Verteilung der „Unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ (UBUS-Fachkräfte) an den Grund- und weiterführenden Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Diese teilte das staatliche Schulamt bei der Bürgermeisterdienstversammlung am 15.05.2018 mit.

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 1629-2018/DaDi

Aktenzeichen: 413-018

Betreff: **Weiterführung der Stelle Ehrenamtskoordination**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die Weiterführung der Bezuschussung der Stelle zur Förderung, Koordination und Qualifizierung des freiwilligen Engagements für Flüchtlinge im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Ehrenamtskoordinatorin) bis 30. September 2019.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2018 auf dem Produkt 1.04.06.02.01 (Integrationsmaßnahmen) und dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.04.06.02.01

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 7128000	4.062,50 EUR	12.187,50 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 1673-2018/DaDi

Aktenzeichen: 450-003

Betreff: **Prognose aufzunehmender Flüchtlinge im 3. Quartal 2018**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt die Prognose aufzunehmender Flüchtlinge für das 3. Quartal 2018 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.5.

Vorlage-Nr.: 1684-2018/DaDi
Aktenzeichen: 419-009
Betreff: **Förderung Hospizvereine**
Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück informiert den Kreistag

über das Ergebnis der Prüfung zu den Möglichkeiten der Einrichtung eines stationären Hospizes im Landkreis (Beschluss des Kreistages vom 1.11.2017).

Bei der gemeinsam mit den Trägern der Hospizvereine zu erörternden Prüfung, sollte insbesondere auch berücksichtigt werden, inwieweit Bedarf für ein Kinderhospiz besteht, inwieweit eine Palliativstation an das Kreiskrankenhaus in Groß-Umstadt angegliedert werden kann und inwieweit die im Landkreis tätigen Hospizvereine bzw. deren Angebote unterstützt werden können.

Zur Umsetzung des Beschlusses wurden zwischen März und Mai 2018 ausführliche Interviews mit den Verantwortlichen der im Landkreis tätigen vier Hospizvereine geführt, an denen die Sozial- und Jugenddezernentin Frau Lück persönlich teilnahm. Zusätzliche Informationen konnten über Gespräche mit Expertinnen und Experten aus der Hospiz- und Palliativarbeit, insbesondere über die Mitarbeiterinnen der Koordinations- und Ansprechstelle für Dienste der Sterbebegleitung und Angehörigenbetreuung in Hessen (KASA), einer vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration finanzierten landesweiten Fachstelle, gewonnen werden. Grundlage der folgenden Bedarfsberechnung sind zudem Unterlagen von Herrn Friedhelm Menzel, Erster Vorsitzender des Evangelischen Hospiz- und Palliativvereins Darmstadt e.V., für seinen Vortrag im Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales im Landkreis am 9. April 2018.

Zur Frage, inwieweit eine Palliativstation an das Kreiskrankenhaus in Groß-Umstadt angegliedert werden kann, ist eine Stellungnahme der Geschäftsführung der Kreiskliniken als Anlage beigefügt.

Die Interviews mit den Verantwortlichen der Hospizvereine fanden in den Räumlichkeiten der Hospizvereine statt. In der Regel nahmen daran Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Vereinsvorstände, die hauptamtlichen Koordinatorinnen und auch ehrenamtlich Engagierte teil.

In den Gesprächen wurden die verschiedenen Angebote der Vereine und deren Finanzierung sowie die Bedarfssituation im stationären und ambulanten Bereich thematisiert:

Die jeweiligen Einzugsgebiete der vier im Landkreis tätigen Hospizvereine sind unterschiedlich groß. Aufgrund von entsprechenden Absprachen untereinander können jedoch alle Städte und Gemeinden im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit hospizlichen Angeboten der Dienste versorgt werden (Anlage).

Alle Hospizvereine sind Mitglied im PalliativNetz Darmstadt (PANDA) und betreiben aktiv Netzwerkarbeit.

Angebote

Auf der Grundlage von § 39a SGB V und der entsprechenden Rahmenvereinbarung¹ beinhaltet die Angebotspalette der Vereine:

- die hospizliche Begleitung und palliativ-pflegerische Beratung Schwerkranker und Sterbender und ihrer Angehörigen zuhause und in Einrichtungen – Krankenhäuser, Pflegeheime u.a..
- Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge (Hospizidee, Patientenverfügung u.a.m.)
- Rekrutierung und Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter (inklusive Praxisbegleitungen, Fortbildungen, Supervisionen) und Informationsveranstaltungen für Interessierte (bspw. sog. Letzte-Hilfe-Kurse)
- Trauerbegleitung durch Einzelgespräche oder in Gruppen (bspw. Trauercafé)

Das Angebot des Malteser Hilfsdienstes e.V. umfasst zusätzlich den Kinderhospiz- und Familienbegleitedienst Südhessen. Dabei geht es um die häufig jahrelange Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit lebenslimitierenden Erkrankungen, meist in der häuslichen Umgebung. Oft wird dabei das gesamte Familiensystem unterstützt und stabilisiert. Darüber hinaus werden auch Kinder und Jugendliche begleitet, bei denen ein Elternteil lebensbedrohlich erkrankt oder verstorben ist.

Wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Hospizvereine ist das Engagement ehrenamtlich Aktiver. Gemäß der Rahmenvereinbarung setzen sich die Mitarbeitenden in den vier Hospizvereinen zusammen aus: qualifizierten ehrenamtlich Engagierten für die konkrete Fallarbeit und hauptamtlichen Fachkräften, die für Koordination und Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, die palliativ-pflegerische Beratung, die Begleitung der Ehrenamtlichen und die Qualitätssicherung zuständig sind.

Finanzierung

Die Gesamtfinanzierung der Hospizvereine setzt sich aus Beiträgen der Mitglieder, Spenden (Fundraising) und zum überwiegenden Teil aus Zuschüssen der Krankenkassen gemäß § 39 a Abs. 2 SGB V zusammen. Nur in einem Fall erhält ein Hospizverein eine Pauschalförderung im Rahmen der Vereinsförderung einer Kommune (900,00 Euro jährlich).

Die Förderung der Kassen erfolgt durch einen Zuschuss zu den notwendigen Personal- und Sachkosten, und bezieht sich auf Leistungseinheiten, die sich aus der zu einem Stichtag im Vorjahr geleisteten Anzahl von Sterbebegleitungen sowie der Anzahl der Ehrenamtlichen berechnen. Der Zuschuss pro Leistungseinheit beträgt 13% der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Abs. 1 SGB IV), jedoch nicht mehr als die zuschussfähigen Personal- und Sachkosten. Zu den Personalkosten zählen auch die Kosten für Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte. Die Fort- und Weiterbildung der

¹ Rahmenvereinbarung nach § 39 a Abs. 2 Satz 8 SGB V zu den Voraussetzungen der Förderung sowie zu Inhalt, Qualität und Umfang der ambulanten Hospizarbeit vom 03.09.2002, i.d.F. vom 14.03.2016
Druck: 24.08.2018 11:03 Uhr

Ehrenamtlichen wird pauschaliert gefördert. Die Sachkosten schließen Fahrtkosten, Büromiete und Ausstattung, Verwaltungsgemeinkosten und Versicherungen mit ein. Sie sind jedoch auf 2,2 % der monatlichen Bezugsgröße begrenzt (§ 18 Abs. 1 SGB IV). Die Förderung wird immer bezogen auf ein Kalenderjahr rückwirkend gezahlt. Für die Hospizvereine bedeutet dies, zunächst in Vorleistung gehen zu müssen.

Grundsätzlich sind damit die fallbezogenen Kosten der hospizlichen Begleitung und Beratung abgedeckt. Zu bedenken ist jedoch, dass nachgewiesene Sachkosten nur bis zur Höhe von 2,2% der monatlichen Bezugsgröße und der Gesamtzuschuss pro Leistungseinheit auf 13% der monatlichen Bezugsgröße begrenzt sind. Nicht förderfähig sind zudem bspw. Personalkosten für Verwaltungsfachkräfte oder noch nicht abschließend fortgebildete Fachkräfte.

Ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden muss die in allen Hospizvereinen zum Regelangebot gehörende Trauerarbeit finanziert werden. Dies betrifft die konkrete Trauerbegleitung durch Einzelgespräche und die qualifizierte Leitung von Trauergruppen ebenso, wie die dafür notwendige Fort- und Weiterbildung für hauptamtliche Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte. Im Rahmen der Gespräche mit den Hospizvereinen betonten alle Verantwortlichen den notwendigen Bedarf an weiterer finanzieller Unterstützung für diesen Bereich.

Bedarfseinschätzung und Bedarfsberechnung für ein stationäres Hospiz / Kinderhospiz im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Verbindliche Bedarfszahlen, Indikatoren oder auch Anhaltswerte für Plätze in stationären Hospizen gibt es nicht. Um den Bedarf für den Landkreis Darmstadt-Dieburg abschätzen zu können, muss deshalb auf bundesweite Vergleichszahlen zurückgegriffen werden:

So gibt es in Deutschland, nach Angaben des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes e.V., 214 stationäre Erwachsene-Hospize mit im Durchschnitt 10 Plätzen (2140 Plätzen, Stand 2016). Bezogen auf die Einwohnerzahl Deutschlands (82,67 Mio. in 2016) ergibt dies eine Relation von 38.631 Einwohner/innen pro Platz im Bundesdurchschnitt.

Für die Region Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt stehen für insgesamt rund 455.000 Einwohner/innen aktuell 12 Plätze im Agaplesion Elisabethenstift /Elisabethen-Hospiz zur Verfügung. Dies ergibt eine Relation von 37.916 Einwohner/innen pro Platz und damit eine etwas günstigere Relation als im Bundesdurchschnitt.

Zu bedenken ist auch, dass die Aufnahme in ein stationäres Hospiz keinen regionalen Beschränkungen unterliegt, d.h. Einwohner/innen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg können und werden auch in umliegenden Hospizen in der Region aufgenommen. Dies sind aktuell:

- Hospiz Bergstraße in Bensheim: 10 Plätze
- Hospiz Fanny de la Roche in Offenbach: 8 Plätze
- Hospiz Louise de Marillac in Hanau: 8 Plätze
- Rotary-Hospiz in Erbach: 8 Plätze
- Hospiz Rhein-Main in Rodgau: 12 Plätze
(Eröffnung 2019)

Die Versorgungssituation für den Landkreis Darmstadt-Dieburg mit stationären Hospizplätzen ist vor diesem Hintergrund mehr als ausreichend. Dies konnten auch die Gesprächspartner/innen bei den befragten Hospizvereinen bestätigen. Bislang gab es, so die Erfahrungsberichte, nur wenige Betroffene, die auf einen Platz in einem stationären Hospiz warten und dann evtl. auf eine ambulante Versorgung zurückgreifen mussten.

Kinderhospiz

In Hessen gibt es 10 ambulante Kinderhospizdienste und zwei stationäre Kinderhospize:

- Kinderhospiz Bärenherz in Wiesbaden
- Heil-Haus in Kassel (Mehrgenerationen-Hospiz, in das auch Kinder aufgenommen werden, mit speziellem, alternativ ganzheitlichem Konzept)

Die hospizliche Begleitung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen dauert von mehreren Wochen bis zu mehreren Jahren und wird in der Regel in der häuslichen Umgebung zusammen mit der Familie der Kinder durchgeführt. Wie die Gesprächspartnerinnen des Kinderhospiz- und Familienbegleitdienstes der Malteser in Darmstadt berichteten, besteht ein starker Wunsch der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern nach einer Betreuung zuhause. Dementsprechend ist der Hauptgrund für eine Aufnahme in ein Kinderhospiz die befristete Entlastung der Eltern bei Urlaub und Krankheit. Die Auslastung ist deshalb auch Schwankungen unterworfen (Ferienzeiten). Nur ein geringer Teil der betroffenen Kinder und Jugendlichen verbringt die letzte Lebensphase in einem stationären Hospiz.

Fazit:

Im Landkreis Darmstadt Dieburg besteht aktuell und in absehbarer Zukunft kein Bedarf für ein stationäres Hospiz. Die vorhandenen Plätze im Elisabethen-Hospiz und in den stationären Hospizen der Region sind ausreichend.

Alle befragten Expertinnen und Experten sehen ebenfalls keinen Bedarf für ein stationäres Kinderhospiz.

Umso wichtiger für die Versorgung der betroffenen Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit hospizlichen Leistungen sind deshalb die vier im Landkreis aktiven Hospizvereine. Deren Leistungen und Angebote, vor allem in der konkreten Fallarbeit, werden zwar zum überwiegenden Teil durch Zuschüsse der Krankenkassen finanziert. Gleichwohl können durch die Limitierung der Zuschüsse, insbesondere bei den Sachkosten oder auch im Bereich Fortbildung der ehrenamtlich Engagierten, finanzielle Engpässe entstehen.

Darüber hinaus muss der große Bereich der von den Hospizvereinen geleisteten Trauerarbeit, inkl. der hierfür notwendigen Qualifizierung der Mitarbeitenden, nach wie vor ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert werden. Aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz für Angebote der Trauerarbeit und Trauerbegleitung nimmt der Bedarf hierfür dagegen beständig zu.

Vor diesem Hintergrund schlägt Kreisbeigeordnete Lück dem Kreistag eine finanzielle Unterstützung der vier im Landkreis Darmstadt-Dieburg aktiven Hospizvereine, einschließlich des Malteser Kinderhospiz- und Familienbegleitdienstes Südhessen, im Rahmen einer institutionellen Förderung vor. Damit sollen zum einen finanzielle Limitierungen der Kassenfinanzierung im

Bereich der unmittelbaren Hospizarbeit der Hospizvereine ausgeglichen werden. Zum anderen sollen damit Angebote der Trauerarbeit und Trauerbegleitung ausgebaut und qualitätsgesichert weiterentwickelt werden. Ganz generell wäre eine solche Förderung auch ein wichtiger Beitrag des Landkreises Darmstadt-Dieburg, um die großartige und unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit der Hospizvereine anzuerkennen und zu unterstützen.

Die Höhe der finanziellen Unterstützung sollte sich jeweils nach der Größe des Einzugsgebietes und prozentual zur Zahl der Einwohner/innen² bemessen. Dabei wird eine Obergrenze von 5.000,00 Euro (100%) vorgeschlagen. Die Hospizdienste Evangelischer Hospiz- und Palliativverein Darmstadt e.V. und der Malteser Hilfsdienst e.V. / Ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst versorgen dasselbe Einzugsgebiet. Die entsprechende Fördersumme sollte deshalb halbiert werden.

Im Einzelnen würden sich somit folgende Förderbeträge ergeben:

- Ökumenischer Hospizverein Vorderer Odenwald e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 132.520 (100%) = 5.000,00 Euro
- Hospizverein Pfungstadt e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 65.057 (42,3%) = 2.115,00 Euro
- Evangelischer Hospiz- und Palliativverein Darmstadt e.V.
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 106.167 (80,1%) = 4.005,00 Euro,
halbiert: 2.003,00 Euro
- Malteser Hilfsdienst e.V. / Ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst
Einwohner/innen im Einzugsgebiet: 106.167 (80,1%) = 4.005,00 Euro,
halbiert: 2.003,00 Euro
- Malteser Hilfsdienst e.V. / Kinderhospiz- und Familienbegleitdienst Südhessen
Einzugsgebiet Südhessen: 1.000,00 Euro pauschal

² Darmstadt-Dieburg in Zahlen 2016, Stand: 31.12.2016
Druck: 24.08.2018 11:03 Uhr

Beschluss zu TOP 4.6.

Vorlage-Nr.: 1604-2018/DaDi

Aktenzeichen: 423-001

Betreff: **Tagessätze im Kreisjugendheim Ernhofen 2019**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Die Preise für die Belegung des Kreisjugendheimes Ernhofen werden ab dem 01.01.2019 wie folgt festgelegt:

1. Gruppen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Frühstück	3,70 €	3,30 €
Mittagessen	5,10 €	4,50 €
Nachmittagskaffee	2,30 €	2,30 €
Abendessen	3,90 €	3,30 €
Übernachtung	10,90 €	9,50 €
Tagessatz	25,90 €	22,90 €

2. Gruppen außerhalb des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Frühstück	4,30 €	3,70 €
Mittagessen	7,10 €	6,30 €
Nachmittagskaffee	3,60 €	3,20 €
Abendessen	5,70 €	5,10 €
Übernachtung	11,30 €	10,70 €
Tagessatz	32,00 €	29,00 €

3. Erwachsene (außer Multiplikatoren bzw. Multiplikatorinnen der Jugendarbeit):

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Frühstück	5,50 €	4,30 €
Mittagessen	7,90 €	7,20 €
Nachmittagskaffee	3,70 €	3,60 €
Abendessen	6,00 €	5,60 €
Übernachtung	12,00 €	11,30 €
Tagessatz	35,10 €	32,00 €

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.06.05.03.
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto: 5003000 + 5090000	424.000,00 EUR	431.000,00 EUR	438.000,00 EUR

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Vorsitzende Paul schließt die Sitzung um 17:23 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 21. August 2018

Für die Ausfertigung

gez. Anke Paul
Anke Paul
Vorsitzende

gez. Steffen Petry
Steffen Petry
Schriftführer